

BERICHTE

Auf dem Weg zur Großmacht

Japans Rolle in Asien post-Vietnam

GEBHARD HIELSCHER ✓

Man muß nicht so weit gehen wie der amerikanische Futurologe Herbert Kahn, der unlängst in der japanischen Handelsmetropole Osaka die These vertrat: die Fortsetzung seines phänomenalen Wirtschaftswachstums werde Japan bereits in den 70er Jahren in die Lage versetzen, auf der Weltbühne eine dramatischere Rolle zu spielen als Amerika oder die Sowjetunion.

Doch dürfte sich spätestens seit diesem Jahr auch bei uns die Erkenntnis durchsetzen, daß die enorme Potenz der japanischen Wirtschaft nicht auf Rekorde in isolierten Einzelbereichen beschränkt ist. Signal und schmerzlicher Beweis zugleich war die Verdrängung der Bundesrepublik Deutschland von ihrem zweiten Platz unter den westlichen Volkswirtschaften durch Japan, dessen Bruttosozialprodukt 1968 den Gegenwert von 567 Milliarden DM erreichte (BRD: 530).

Den regelmäßigen Beobachter der ostasiatischen Szenerie konnte dieses Ergebnis kaum überraschen. Denn die reale Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft lag schon seit zehn Jahren regelmäßig über 10%, sie übertraf in den letzten drei Jahren sogar 12 vom Hundert. Und selbst in den beiden Rezessionsjahren 1962 und 1965 erreichte sie mit 5,4 bzw. 4% noch Werte, die bei uns als durchaus beachtliche Erfolge gelten würden.

Was wird Japan mit dieser Wirtschaftsmacht anfangen? Wird das 100-Millionen-Volk — wie der frühere US-Botschafter in Tokio und jetzige Harvard-Professor Edwin Reischauer meint — eine Führungsrolle in Asien übernehmen? Oder wird sich das Land, eingezwängt zwischen den Giganten China und Amerika, mit einer zweit-rangigen Position ohne politischen Führungsanspruch begnügen müssen? Dies die Auffassung von Ichiro Kawasaki in seinem umstrittenen Buch „Japan ohne Maske“, das den altgedienten Diplomaten im Frühjahr seinen Botschafterposten in Argentinien und schließlich auch seine diplomatische Laufbahn kostete.

Seit dem Verzicht der Briten auf eine militärische Präsenz „östlich von Suez“ nach 1971 und dem Beginn der Pariser Vietnam-Verhandlungen im vorigen Jahr ist die asiatische Politik in Bewegung geraten. Die Ungewißheit über das Ausmaß des amerikanischen Rückzugs aus Asien, aber auch über Richtung und Intensität der nach dem 9. Parteikongreß der KP Chinas reaktivierten Außenpolitik Pekings haben das weitverbreitete Gefühl der Unsicherheit und die Suche nach Alternativen verstärkt, mit denen das drohende Vakuum gefüllt werden könnte.

Malaysia, Singapur, Thailand, Burma und die Philippinen — jahrelang auf deutliche Distanz zu den Kommunisten bedacht — haben längst begonnen, sich mit Moskau, Peking oder beiden zu arrangieren, mindestens ihre Bereitschaft dazu erkennen lassen. Selbst in Taiwan gibt es seit dem seltsamen Besuch eines sowjetischen „Journalisten“ vor ein paar Monaten gewisse Anzeichen für eine Wiederbelebung

der alten Waffenbrüderschaft zwischen Tschang Kai sheks Kuo-Mintang und den Machthabern des Kreml. Neben Südvietnam verharzt nur noch Südkorea — aufgeschreckt durch zunehmende Guerilla-Aktivität des Nordens und Kraftakte wie die Aufbringung der „Pueblo“ im Januar 1968 oder den Abschluß der EC 121 am 15. April — auf seiner unnachgiebig anti-kommunistischen Haltung.

Sie alle aber und Indien, Pakistan, Indonesien sowie die Länder Indochinas, seit einiger Zeit auch Australien und Neuseeland, blicken auf Japan und beobachten mit sehr unterschiedlichen Gefühlen und Interessen den schier unaufhaltsamen Aufstieg dieses neuen Wirtschaftsriesen; des ersten asiatischen Landes, das sich sehr konkret anschickt, die Jahrhunderte währende Führung der Welt durch den Westen (und auch Rußland ist für die Asiaten ganz überwiegend eine westliche Macht) in Frage zu stellen. Wohin geht die Reise? Wird Japan — in den Worten des früheren philippinischen Außenministers Manglapus — Beherrscher oder Partner Asiens?

Und die Japaner selber? Ähnlich wie Deutschland ist Japan von ehemaligen Kriegsgegnern umgeben, deren schmerzliche Erfahrungen noch nicht vergessen sind. Die Regierung in Tokio hat daher — auch dies vergleichbar der Haltung der Bundesregierung — in der Nachkriegszeit zunächst alle politischen Initiativen unterlassen, die über eine Wahrnehmung der unmittelbarsten Eigeninteressen hinausgingen. Doch inzwischen sind die Reparationsabkommen mit vielen Ländern Asiens zum großen Teil abgewickelt, und es sind nicht mehr die Vereinigten Staaten — mit denen Japan durch den Sicherheitsvertrag von 1960 und sehr umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen (fast 30% des japanischen Außenhandels!) eng verbunden ist — welche Japan zu einer eigenständigeren Politik, mindestens in Asien, ermuntern.

Die UNO-Politik

In der Tat läßt das Auftreten japanischer Politiker und Wirtschaftler auf dem internationalen Parkett in neuerer Zeit ein spürbar gewachsenes Selbstvertrauen erkennen. Die lang gepflegte „low posture“ wird oft nur noch pro forma beibehalten, die Geltendmachung japanischer Interessen und Ansprüche läßt an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig.

Die wohl klarste Manifestation dieser neuen Haltung ist der von Außenminister Aichi Anfang dieses Jahres im Parlament vorgetragene und kürzlich vor der Generalversammlung in New York als Vorschlag zu einer allgemeinen UNO-Reform wiederholte Anspruch Japans auf einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Nach der Konzeption der Weltorganisation sind in diesem Gremium nur die fünf traditionellen Großmächte USA, UdSSR, England, Frankreich und China permanent vertreten; daß der Sitz Chinas gegenwärtig von der nationalchinesischen Regierung in Taiwan eingenommen wird, ändert daran nichts. Der Anspruch Japans bedeutet daher nicht mehr und nicht weniger als das Verlangen nach Anerkennung als Großmacht!

Auch wenn das Großmacht-Verständnis von 1945 längst überholt ist, kennzeichnet der japanische Schritt doch eine sehr bemerkenswerte Entwicklung dieses Landes — mindestens in seiner Selbsteinschätzung — von einem der beiden Hauptschuldigen am Zweiten Weltkrieg, die in den sogenannten Feindstaatenklauseln der UNO-

Charta bewußt diskriminiert wurden, zu einer Führungskraft mit Anspruch auf Zulassung zum Kreis der obersten Sechs (wenn man Indien miteinbezieht, das ähnliche Pläne wie Japan verfolgt). An ein entsprechendes Vorgehen der Bundesrepublik wäre — ganz abgesehen von ihrer fehlenden Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen sowie den aus der Teilung Deutschlands resultierenden zusätzlichen Schwierigkeiten — überhaupt noch nicht zu denken.

Schon Erfolg hatte diesen Sommer eine weitere UNO-Initiative der Japaner: seit 2. Juli sind sie als 19. Vollmitglied im Genfer Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen vertreten. Nach den schlechten Erfahrungen mit dem Atomsperrvertrag — dessen ursprüngliche Fassung ohne Hinzuziehung der in erster Linie betroffenen nicht-nuklearen Mächte vereinbart worden war — hat Tokio nunmehr eine gewisse Gewähr dafür, daß es bei zukünftigen Abrüstungsverhandlungen von Anfang an beteiligt ist. Ähnliche Bemühungen der Bundesrepublik — die in einem Paket zusammen mit Japan und anderen Ländern von den USA als neues Ausschußmitglied vorgeschlagen worden war — scheiterten an Ost-West-Problemen: die Sowjetunion war nicht bereit, dem Antrag zuzustimmen, wenn nicht gleichzeitig die DDR zugelassen werde. Japan wurde statt dessen zusammen mit der Mongolei in das Genfer Gremium aufgenommen; übrigens um den Preis einer eindeutigen Zurechnung zum Westen. So war zwar die Ost-West-Balance im Abrüstungsausschuß weiterhin gewahrt, doch die Regierung in Tokio hatte — zumindest unter den Blockfreien — einen Teil ihres Verhandlungsspielraums eingebüßt.

Scheinbar speziell auf Vietnam bezogen, tatsächlich aber von grundsätzlicher Bedeutung für den Einsatz japanischen Militärs außerhalb der Landesgrenzen — und damit auch für Japans Verhältnis zur UNO interessant — ist ein Projekt, das vom Botschafter Tokios in Saigon, Kitahara, vorgeschlagen worden ist. Danach wird erwogen, Angehörige der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte im Falle eines Waffenstillstands oder Friedensschlusses als Mitglieder einer internationalen Kontrollkommission nach Vietnam zu entsenden. Bisher hatte Tokio alle Anforderungen der Vereinten Nationen nach japanischer Beteiligung an internationalen Polizeiaktionen oder Friedensmissionen unter Hinweis auf die Verfassung des Landes kategorisch abgelehnt.

In der Tat hat Japan in Artikel 9 seines oft als „Friedensverfassung“ apostrophierten Grundgesetzes von 1947 auf das Recht zur Kriegsführung als Bestandteil seiner staatlichen Souveränität verzichtet. Auch verbietet die Verfassung ausdrücklich die Unterhaltung von Land-, See- und Luftstreitkräften sowie von sonstigem K r i e g s - potential. Und § 3 des „Gesetzes über die Selbstverteidigungsstreitkräfte“ beschränkt deren Aufgabe auf die Verteidigung des Landes gegen direkte und indirekte Aggression zum Schutz des Friedens und der Unabhängigkeit Japans und zur Gewährleistung seiner Sicherheit. Das ist bisher regelmäßig so interpretiert worden, daß eine Entsendung von japanischen Soldaten ins Ausland unzulässig ist.

Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, ist im Kitahara-Plan vorgesehen, daß die japanische Delegation bei der internationalen Kontrollkommission für Vietnam — voraussichtlich etwa 100 Piloten und Spezialisten des Radar- und Fernmeldewesens — mit diplomatischem Status versehen wird. Sollte dieses Vorhaben realisiert werden, so wäre das der erste Fall einer Teilnahme japanischen Militärpersonals an multilateralen, internationalen Projekten nach dem Kriege; ein Schritt also, der den

Weg öffnen könnte für eine Beteiligung Japans an militärischen Operationen der UNO sowie für eine Übernahme regionaler Verteidigungsaufgaben im Fernen Osten.

Militärpolitik

Mit der Formel „Frieden und Wohlstand für Asien“ hatte Außenminister Aichi im April auf der 4. Ministerkonferenz zur Entwicklung Südostasiens in Bangkok die Ziele der japanischen Außenpolitik für die 70er Jahre umrissen. Doch während die Erläuterung der zukünftigen Bemühungen Japans auf dem Gebiet der Wirtschaftshilfe in seinen Ausführungen breiten Raum eingenommen hatte, war der Minister in puncto japanischer Verteidigungsanstrengungen für die Region recht einsilbig geblieben. Lediglich der Hinweis auf die Entschlossenheit Japans, sich durch einen positiven Beitrag am Kampf für die Erhaltung des Friedens durch internationale Zusammenarbeit zu beteiligen, ließ ein vorsichtiges Interesse der Tokioter Regierung an einer über die Verteidigung Japans hinausgehenden regionalen Militärpolitik erkennen.

Angelpunkt dieses Interesses ist die Okinawa-Frage. Die jahrelang hauptsächlich von den Oppositionsparteien geforderte Rückgabe der von den Amerikanern seit Kriegsende verwalteten Pazifikinsel ist mittlerweile zu einem Zentralthema der japanischen Innenpolitik geworden. Und es besteht gute Aussicht, daß Ministerpräsident Eisaku Sato von seinem seit langem geplanten Washington-Besuch im November mit festen Zusagen der Amerikaner über Zeitpunkt (voraussichtlich 1972) und Modalitäten (Aufrechterhaltung der dortigen US-Stützpunkte zu den gleichen Bedingungen wie bisher in Japan, also ohne Stationierung von Kernwaffen) nach Tokio zurückkehren wird. Mit einem solchen Erfolg soll der Opposition in ihrem Kampf gegen die von der Regierung erstrebte Verlängerung des japanisch-amerikanischen Militärbündnisses — das im Juni 1970 erstmals gekündigt werden kann — der Wind aus den Segeln genommen werden.

Zwar haben Südkorea und Taiwan Bedenken gegen eine Rückgabe Okinawas an Japan angemeldet, da der Insel als Stützpunkt im Rahmen der bilateralen Militärabkommen mit den USA entscheidende strategische Bedeutung zukommt und Söul wie Taipeh um ihre Sicherheit fürchten. Doch wird versucht, diesen Befürchtungen durch eine elastische Übergangsregelung zu begegnen, die den Amerikanern bei der Erfüllung ihrer Bündnispflichten mindestens in Krisenfällen mehr oder weniger freie Hand lassen würde, ohne Japan in mögliche Konflikte automatisch mit hineinzuziehen. Im übrigen ist unverkennbar, daß man sich in Tokioter Regierungskreisen zunehmend Gedanken darüber macht, in welcher Form Japan einige der bisher von den Amerikanern wahrgenommenen regionalen Verteidigungsaufgaben übernehmen könnte. Gemeinsame Beratungen hoher Militärs und Verteidigungsspezialisten beider Länder, die sich im Oktober zum zweitenmal in der japanischen Hauptstadt zusammenfanden, sollen die Voraussetzungen dafür erarbeiten. Allerdings muß die Regierung dabei äußerst vorsichtig zu Werke gehen, einmal wegen der schwierigen innenpolitischen Lage, zum anderen mit Rücksicht auf unliebsame Kriegserinnerungen der asiatischen Nachbarn. Denn alles, was von Überlegungen dieser Art an die Öffentlichkeit dringt, wird von der hellwachen Opposition — vor allem den Linkssozialisten der SPJ, die Japans „Friedensverfassung“ ernst nehmen

und für eine unbewaffnete Neutralität eintreten — zu heftigen Angriffen gegen die Regierung verwendet oder dient der in- und ausländischen Presse als Material für oft nicht ganz wirklichkeitsnahe Spekulationen.

Wie ist der Stand der japanischen Rüstung? Wären die einst gefürchteten Söhne Nippons in absehbarer Zeit überhaupt in der Lage, eine wesentliche Rolle im Rahmen des fernöstlichen Sicherheitssystems zu spielen? Generalsekretär Kaibara des japanischen Verteidigungsrats — bis zu seiner Berufung auf diesen Posten hoher Ministerialbeamter im Selbstverteidigungsamt und einer der wenigen Politiker der konservativen Regierungspartei LDP, der schon seit Jahren offen für eine Verstärkung des japanischen Militärs eintritt — hält die Selbstverteidigungstreitkräfte in ihrem gegenwärtigen Zustand für eine reine Paradetruppe, die Japan im Kriegsfall allenfalls fünf Tage lang verteidigen könnte; eine Übernahme irgendwelcher regionaler Verteidigungsaufgaben sei daher innerhalb der nächsten zehn Jahre völlig ausgeschlossen. Eine ähnliche Auffassung über den Wert der japanischen Armee vertrat auch der frühere Verkehrsminister Nakasone — dynamischer Führer eines oppositionellen Flügels innerhalb der LDP — vor dem Verein der Auslandspresse in Tokio. Demgegenüber meint Professor Kikuo Nakamura — ein anerkannter Militärexperte, der den Rechtssozialisten der DSP nahesteht —, daß Japan zwar objektiv bei der Verteidigung Asiens eine Rolle spielen könnte, jedoch subjektiv sowohl eine entsprechende Vorbereitung der Bevölkerung wie vor allem die erforderliche Führungsqualität und Initiative auf Seiten der Regierung fehlten.

Die japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte (SVS) wurden unter dem Eindruck des Korea-Kriegs nach starkem Drängen derselben Amerikaner, die für die militärischen Selbstbeschränkungen der neuen Verfassung verantwortlich waren, seit Anfang der 50er Jahre aufgebaut. Dabei entwickelten sie sich gegen beträchtlichen Widerstand der Oppositionsparteien und Gewerkschaften sowie der organisierten Studenten von einer Art Polizeitruppe immer mehr zu einer regulären Armee mit selbständiger Infanterie (ab 1950), Marine (ab 1952) und Luftwaffe (ab 1954). Die SVS unterstehen ziviler Führung. Oberbefehlshaber ist der Ministerpräsident, dem das Selbstverteidigungsamt — bis heute noch ohne den Rang eines vollen Ministeriums — und der Verteidigungsrat zur Seite stehen; selbst diesem Gremium gehören nicht die militärischen Spitzen der Streitkräfte an, vielmehr ist der Verteidigungsrat als reiner Kabinettsausschuß unter Vorsitz des Premierministers organisiert.

Bisher drei Fünfjahrespläne, dessen erster 1958 begann, sorgten dafür, daß die Wiederaufrüstung Japans trotz ständiger Debatten um die in der Tat mehr als zweifelhafte Verfassungsmäßigkeit der Armee in geordneten Bahnen verlief. Dabei verfolgte die Regierung zunächst zögernd, mit Anlaufen des 3. Aufbauplans (1967) aber ganz bewußt eine Politik des Ausbaus der japanischen Rüstungsindustrie mit dem Ziel möglichst weitgehender Selbstversorgung. Das führte dazu, daß z. B. bei der Luftwaffe von insgesamt 297 Düsenjägern des Typs F-86F 235 Stück, bei den Starfightern vom Typ F 104J sogar der gesamte Bestand von 198 Stück im Inland zusammengebaut werden konnten. Nach derselben Methode wird die Anfang 1969 beschlossene Anschaffung von 104 Phantom-Düsenjägern des Typs F 4E in der Weise erfolgen, daß zwei Modelle davon aus den USA importiert, die übrigen 102 jedoch auf Grund von Lizenzverträgen in Japan zusammengesetzt werden. Insgesamt gesehen erreichte die militärische Inlandsproduktion in dem Ende März 1968 ausgelaufenen Finanzjahr bereits 84% des Bedarfs an Flugzeugen und allgemeiner

Bewaffnung (einschließlich Panzern), 97% der Munitionsanforderungen und sogar 98% der militärischen Schiffstonnage. Die Mannschaftsstärke der japanischen SVS, die ausschließlich auf Freiwillige angewiesen ist, beträgt zur Zeit 247 290 Mann (zuzüglich einer Reserve von 33 000). Gegenüber der autorisierten Sollstärke von 258 000 Mann (davon Heer 179 000, Luftwaffe 41 187 und Marine 37 813) ergibt das einen Fehlbedarf von 10 710 Mann — das entspricht 4,1% — die vor allem bei der Infanterie fehlen (die jahrelang um rund ein Zehntel hinter ihrer Sollstärke zurückblieb), während Luftwaffe und Marine ihre zulässige Truppenzahl fast vollzählig unter Waffen haben. Eine von konservativer Seite erwogene Einführung der Wehrpflicht dürfte noch auf Jahre hinaus politisch nicht durchsetzbar sein, so daß — angesichts rückläufiger Zahlen bei den Schulabgängern und einer zunehmend angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt (vor allem bei Jung- und Facharbeitern) — auch weiterhin wenig Aussicht besteht, die Truppenstärke der japanischen Armee wesentlich zu erhöhen. Japans Infanterie aber — deren Zielstärke bereits im ersten Aufbauplan der SVS mit 180 000 Mann angegeben war — wird auch in Zukunft in ihrer Größenordnung hinter den Heeren anderer asiatischer Länder (z. B. Südkoreas mit seinen rund 600 000 Mann und selbst Taiwans mit 372 000!) beträchtlich zurückbleiben, so daß auf absehbare Zeit die Möglichkeit entfällt, japanische Infanterieeinheiten in nennenswerter Zahl für die asiatische Regionalverteidigung freizustellen.

Besser steht es um die Luftwaffe und Marine Japans, die ihren Zielbestand an Personal und Ausrüstung mit Auslaufen des 3. militärischen Aufbauplans Ende März 1972 zum Teil sogar überschreiten dürften. Bei der Luftwaffe mit einem Bestand von 940 Kampfflugzeugen (Sollbestand 880) ist das schon heute der Fall — beide Zahlen liegen jedoch weit unter dem Planziel von 1300 Stück des ersten Aufbauplans — doch kommt es dabei weniger auf Zahlen als Art und Alter der Ausrüstung an. Hier zeigt sich dann aber, daß die japanische Luftwaffe zwar unter den nicht-kommunistischen Ländern Asiens die Spitzenstellung einnimmt, ihr Bestand an wirklich einsatzfähigen Maschinen (etwa 600 Stück, davon knapp 200 Starfighter, der Rest vor allem F-86F und D) im Vergleich z. B. zur Bundesrepublik jedoch größtenteils überaltert ist. Die Umstellung auf moderne Phantom F 4E — von denen die ersten 84 Stück noch während der Laufzeit des 3. Aufbauplans angeschafft werden sollen — wird endlich erste Abhilfe schaffen.

Die japanische Marine hat mit ihrem gegenwärtigen Bestand von 210 Schiffen (darunter 10 U-Boote) und einer Gesamttonnage von 126 000 Tonnen als einziger Teil der SVS die Sollstärke des 1. Aufbauplans (124 000 Tonnen) überschritten und wird vermutlich auch das Ziel von 142 000 Tonnen und 200 Schiffen des 3. Aufbauplans (das einer Umstellung auf weniger, aber größere Einheiten entspricht) realisieren können. Ihr heutiger Flugzeugbestand von 230 Stück hat das Plansoll von 220 schon überboten. Damit liegt die japanische Marine in Asien an der Spitze. Doch entspricht ihre Gesamttonnage allenfalls einem Zehntel der früheren Kaiserlichen Marine. Und sie wäre niemals in der Lage, der riesigen Handelsflotte Japans ausreichenden Schutz zu gewähren. Nach den Worten von Generalsekretär Kaibara kann die japanische Marine heute höchstens Küstenschutzfunktionen erfüllen.

Schon jetzt sind im Selbstverteidigungsamt wie auch im Verteidigungsrat die Vorbereitungen für den 4. Aufbauplan der SVS (Laufzeit ab 1. April 1972) in vollem Gange. Auch wenn konkrete Einzelheiten nicht vor 1971 festgelegt werden dürften, lassen sich schon jetzt deutliche Tendenzen für den weiteren Kurs der japanischen

Militärpolitik erkennen. So wird die Regierung erneut versuchen, den außerordentlich geringen Anteil der Verteidigungsausgaben am japanischen Bruttosozialprodukt — zur Zeit 0,9% gegenüber mehr als 4% der Bundesrepublik, 4,9% Englands und 5,9% Frankreichs — wenigstens geringfügig anzuheben. Ministerpräsident Sato hat bereits vor ein paar Wochen die Parole dazu ausgegeben: Für Japan sei die Zeit gekommen — so meinte der Regierungschef — eine Verteidigungskapazität aufzubauen, die der wirtschaftlichen Kraft des Landes entspricht. Denn Japan sei heute in der Lage, bei der Aufrechterhaltung des Friedens in Asien eine „führende Rolle“ zu spielen.

Grundlage auch des 4. Aufbauplans der SVS bleibt das japanisch-amerikanische Militärbündnis, wonach gegenwärtig etwa 40 000 US-Soldaten verteilt auf mehr als 100 Militärstützpunkte in Japan (ohne Okinawa) stationiert sind. Die Regierung geht also davon aus, daß es der Opposition trotz der erwarteten großen Massenunruhen nicht gelingen wird, die von Satos Liberaldemokratischer Partei bereits förmlich beschlossene, automatische und langfristige Verlängerung des Sicherheitsvertrages mit Amerika zu verhindern. Im übrigen wird bei der weiteren Militärplanung vorausgesetzt, daß China in naher Zukunft über Interkontinentalraketen mit Nuklearköpfen verfügen wird. Ferner rechnet man im japanischen Selbstverteidigungsamt mit einer Rückgabe Okinawas im Jahre 1972 unter Beibehaltung der dortigen US-Stützpunkte, jedoch ohne Kernwaffenlagerung.

Ausgehend von einer solchen Lagebeurteilung für die erste Hälfte der 70er Jahre sind folgende Militärplanungen entwickelt worden: **Heer:** keine nennenswerte Erhöhung der Truppenstärke (allenfalls Aufstellung einer weiteren Division über die 13 bestehenden hinaus, da nach der Rückkehr Okinawas 1 gemischte Division, 1 Luftlandekorps sowie kleinere Marineeinheiten auf der Pazifikinsel stationiert werden sollen), statt dessen Verbesserung der Mobilität durch Anschaffung von Großhubschraubern auf der Grundlage amerikanischer Erfahrungen im Vietnam-Krieg, darüber hinaus ist mit einem weiteren Ausbau der Raketeneinheiten zu rechnen (gegenwärtig gibt es davon 2 ausgerüstet mit Hawk SAM Raketen, 2 weitere sollen bis zum Ende des 3. Aufbauplans noch hinzukommen, außerdem wurde im März das erste, mit japanischen R 30 Kurzstreckenraketen ausgerüstete Raketenbataillon aufgestellt); **Luftwaffe:** Abschluß der noch in der 3. Planungsperiode begonnenen Umstellung auf neue Kampfflugzeuge (Phantom), Eigenproduktion eines neuen Nahkampfbjägers an Stelle des F-86F, Ausbau des Radarsystems (z. Z. 24 feste Radarstationen, 1 weitere bis zum Ende des 3. Plans) mit Schwergewicht auf beweglichen Stationen, ferner Installierung eines besonderen Frühwarnsystems gegen Unterfliegen der Radarkontrolle sowie zur Vorwarnung bei Raketenangriffen, darüber hinaus dürfte auch eine Erweiterung der eigenen Raketeninstallationen in Betracht kommen (gegenwärtig 2 Einheiten mit Nike-Herkules-Raketen, die noch während des 3. Plans um 2 weitere Einheiten vermehrt werden sollen); **Marine:** Ausbau der U-Boot-Abwehr, Verbesserung der Kampfkraft auf hoher See und Vermehrung der beweglichen Raketenbasen (zur Zeit nur 1 mit Tartar-Raketen bestückter Zerstörer).

Auch nach den bisher erkennbaren Planungen bleibt es also bei der Beschränkung der SVS auf eine Verteidigung Japans gestützt auf die amerikanische Sicherheitsgarantie. Damit ist die japanische Armee gegenwärtig und auf absehbare Zeit schon nach ihrer objektiven Verfassung nicht in der Lage, wesentliche Aufgaben im Rah-

men der Regionalverteidigung des Fernen Ostens zu übernehmen. Lediglich im Bereich des Radarwesens und sonstiger elektronischer Frühwarnsysteme könnte Japan auf Grund seiner hervorragenden Technologie und Wirtschaftskraft in verhältnismäßig naher Zukunft eine Wachtpostenrolle in Asien spielen. Daß auf seiten der Regierung eine gewisse Bereitschaft dazu besteht, zeigt der Kitahara-Plan für Vietnam.

Atomkraft und Sperrvertrag

Ein besonderes Kapitel ist die Nuklearfrage. Noch ist in Japan — dem ersten Land der Erde, das die Zerstörungskraft der Atombombe kennengelernt hat — die Bewegung gegen jede Form nuklearer Bewaffnung recht lautstark. Dennoch zeigen regelmäßige Umfragen der letzten Jahre, daß von der vielzitierten „Nuklearallergie“ der Bevölkerung mindestens in der jüngeren Generation kaum mehr gesprochen werden kann. Technisch und wirtschaftlich könnte Japan in wenigen Jahren mit dem Aufbau einer eigenen Nuklearwaffe beginnen. Dr. Herbert Kahn meint, daß Japan noch vor der Bundesrepublik und Indien 6. Nuklearmacht der Erde werden wird, und bezifferte den dafür erforderlichen Aufwand mit etwa 2% des japanischen Brutto-sozialprodukts. Der ehemalige Stabschef der neuen Luftwaffe und heutige Oberhausabgeordnete der regierenden LDP Minoru Genda erklärte kürzlich in einem Interview mit „US News & World Report“, Japan könne in zehn Jahren mit einem Aufwand von weniger als 800 Millionen DM 100 Atombomben des in Hiroshima verwendeten Typs bauen.

Nach dem Anfang 1968 vom Zentralrat der japanischen Elektrizitäts-Gesellschaften beschlossenen Zehnjahresplan für die Entwicklung der Kernenergie soll die Kapazität der dann insgesamt 16 Atomkraftwerke Japans Ende 1976 9,25 Millionen Kilowatt, zehn Jahre später 30 bis 40 Millionen kW erreichen. Doch werden diese Planziele nach den bisherigen tatsächlichen Leistungen zu urteilen nicht unwesentlich überschritten werden. Allein in dem Ende März 1968 abgeschlossenen Finanzjahr betragen die in enger Zusammenarbeit mit der Regierung auf diesem Sektor vorgenommenen Investitionen 330 Millionen DM. Und im laufenden Finanzjahr ist der Bau von vier Atomkraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 2,5 Millionen kW vorfristig eingeleitet worden. Ebenfalls noch in diesem Jahr soll mit den Vorbereitungen zur Errichtung einer Anlage für die Gewinnung von Plutonium — vorgesehene Tageskapazität 0,7 Tonnen — durch Aufbereitung des in den Atomkraftwerken verwendeten Brennstoffs begonnen werden. Seit März ist bekannt, daß nun auch Japan mindestens experimentell zur Herstellung des für Atomwaffen benötigten, angereicherten Uran 235 in der Lage ist. Drei Monate später ist Japans erstes Atomschiff (die „Mutsu“) vom Stapel gelaufen, zwar über ein halbes Jahr später als die „Otto Hahn“ der Bundesrepublik und mit 8300 t auch nur halb so groß, jedoch in wesentlich kürzerer Bauzeit hergestellt.

Auch das japanische Raketen- und Raumfahrtprogramm kann sich — trotz einiger Mißerfolge gerade in jüngster Zeit — durchaus sehen lassen. Bereits im Februar 1967 war es den Japanern gelungen, eine dreistufige Forschungsrakete von 9,5 Tonnen Gewicht in eine Höhe von rund 2000 km zu befördern. Das Raumfahrtinstitut der staatlichen Universität Tokio experimentiert laufend mit einstufigen Raketen der S-160-Serie (Länge etwa 4 m, Gewicht über 100 kg) und zweistufigen Raketen der

SO-250-B-Serie (Länge über 10 m, Gewicht 1,5 t). Im August gelang dem Institut der erfolgreiche Abschluß von Japans bisher größter Rakete, einer vierstufigen My 3 D von 23 Meter Länge und 43,8 Tonnen Gewicht (deren 3. Stufe wie auch der als 4. Stufe beförderte Satellit nur Attrappen waren). Alle vier Stufen einer Anfang September abgeschossenen, 16,5 Meter langen und 9,4 Tonnen schweren Lambda-4-T-1-Rakete konnten plangemäß gezündet und gesteuert werden, bis der letzte Teil des Projektils nach Überwindung von 4600 km über eine Flughöhe von 520 km im Pazifik niederging. Gescheitert ist dagegen ein ebenfalls im September unternommener Versuch des Instituts, mit Hilfe eines ähnlichen Raketentyps Japans ersten künstlichen Satelliten in Umlauf zu bringen. Ähnlich wie bei den drei früheren Versuchen dieser Art — jährlich seit 1966 — scheiterte das ehrgeizige Unternehmen auch diesmal wieder an Mängeln in der 3. und 4. Stufe. Doch wird auch dieser erneute Rückschlag die Japaner kaum davon abbringen können, ihre Satellitenversuche fortzusetzen.

So sollen nach dem vom Ausschuß für Raumfahrtentwicklung vor einem Jahr verkündeten Programm in den nächsten Jahren zwei Forschungssatelliten, ein Satellit zur Beobachtung der Ionosphäre sowie ein stationärer Telekommunikations-Satellit zu Experimentierzwecken in den Weltraum befördert werden (ganz abgesehen von verschiedenen kleineren Raketen- und Satellitenprogrammen für Spezialzwecke wie Wetterbeobachtung, Navigation und Topographie). Ein Teil dieses Programms soll von der Satellitenentwicklungsanstalt des Amts für Wissenschaft und Technik bewältigt werden, die im vergangenen Jahr, abgesehen von zahlreichen Versuchen mit kleineren Projektilen, durch den gelungenen Abschluß einer zweistufigen LSC-D1-Rakete von 10,3 Meter Länge und 2,3 Tonnen Gewicht hervorgetreten ist. Im Mittelpunkt des weiteren Programms dieser Anstalt steht die Entwicklung von Großraketen der Typen Q (vierstufig, ferngesteuert, Stufe 3 mit flüssigem, die übrigen Stufen mit festem Brennstoff, Länge 25 m, Durchmesser 1,4 m und Gewicht um 40 Tonnen) und N (als Weiterentwicklung von Q für 60 t Gewicht bei einem Durchmesser von 2,3 m und gleicher Länge). Diese verschiedenen Pläne und Programme machen deutlich, daß Japan entschlossen ist, auf dem Gebiet der Raumfahrttechnik seinen dritten Platz in der Welt nach den USA zu halten und auszubauen.

Bisher hat sich Japan im Bereich der Kernenergie auf die friedliche Nutzung und in seinem Raumfahrtprogramm auf die Entwicklung von Raketen und Satelliten zu Forschungszwecken beschränkt. Dennoch ist es nur eine Frage der Zeit, wann aus angereichertem Uran 235 und Plutonium Atomwaffen hergestellt und die Forschungsraketen zu Trägern nuklearer Sprengköpfe mit interkontinentaler Reichweite umgebaut werden können.

So ist die Entscheidung über eine Nuklearbewaffnung des Landes vor allem eine politische. Anders als die Bundesrepublik hat sich Japan in dieser Frage bisher nicht durch internationale Verträge zur Enthaltbarkeit verpflichtet. Die Regierung in Tokio bekennt sich allerdings zu den drei Prinzipien keiner Herstellung, keiner Einfuhr und keines Besitzes von Nuklearwaffen. Auch begrenzt das japanische Kernenergiegesetz die Forschung, Entwicklung und Nutzung auf diesem Gebiet ausdrücklich auf friedliche Zwecke. Die gleiche Regierung hat jedoch von Zeit zu Zeit — zuletzt Anfang des Jahres im Parlament — erklären lassen, daß sie den Besitz von Nuklearwaffen zu Verteidigungszwecken nicht für verfassungswidrig erachtet. Japan will sich also die Optionen mindestens vorläufig noch offenhalten, und sei es auch

nur, um den Handelswert eines Beitritts zum Atomsperrvertrag nicht vorzeitig herabzumindern.

Dementsprechend werden alle Anfragen über die Aussichten einer japanischen Ratifizierung des Vertrags von amtlichen Stellen äußerst inhaltend beantwortet: man bejahe zwar den „Geist“ des Abkommens, aber es müßten noch manche Fragen geklärt werden, auch wolle man zunächst die Haltung anderer Länder in ähnlicher Lage — vor allem die der Bundesrepublik — beobachten, im übrigen müsse zunächst eine möglichst breite Übereinstimmung des japanischen Wählerwillens in dieser Frage herbeigeführt werden; irgendwelche ernsthaften Bemühungen in dieser Richtung sind jedoch kaum erkennbar. Dennoch wird auch Japan um eine Unterzeichnung des Atomsperrvertrags kaum herumkommen, sofern Amerika darauf besteht. Gegenwärtig wird damit gerechnet, daß die Regierung in Tokio den Vertrag Anfang nächsten Jahres unterzeichnen, seine Ratifizierung im Parlament aber noch weiter hinauschieben wird.

Entwicklungspolitik

Zunehmendes Gewicht in der japanischen Außenpolitik gewinnt die Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer, die bisher — soweit sie nicht in Zusammenhang mit Reparationszahlungen stand — ihren Charakter als reine Exportförderung oft nur mühsam verbergen konnte.

So kommt es nicht von ungefähr, daß der größte Teil der japanischen Entwicklungshilfe von der dem Finanzministerium unterstellten Export-Import-Bank vergeben wurde, einer Einrichtung also, die 1950 zum Zwecke der Außenhandelsförderung gegründet worden war. Erst 1961 wurde unter der Ägide des Wirtschaftsplanungsamts (das unserem Wirtschaftsministerium entspricht) ein Fonds für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Übersee ins Leben gerufen. Mit Hilfe dieser Einrichtung sollte die japanische Regierung in die Lage versetzt werden, öffentliche Kredite für Entwicklungsprojekte zu günstigeren Bedingungen bereitzustellen, als es die Statuten der ursprünglich nur kommerziellen Zielen dienenden Export-Import-Bank erlaubten. Bezeichnenderweise sind jedoch die Mittel des Fonds jahrelang überhaupt nicht ausgeschöpft worden. So betragen die von ihm vergebenen Kredite von der Gründung bis zum März 1967 insgesamt nur 560 Millionen DM, wovon der größte Teil — nämlich 320 Millionen — auf das letzte Jahr innerhalb dieser Zeitspanne entfiel.

Noch erheblich geringer sind die Leistungen, welche über den dritten Kanal öffentlicher Entwicklungshilfe Japans erbracht wurden, dem Büro für technische Zusammenarbeit mit Übersee. Diese unter der Aufsicht des Außenministeriums arbeitende Einrichtung verschickt japanische Entwicklungshelfer ins Ausland und betreut die Ausbildung von Praktikanten und sonstigen Nachwuchskräften aus den Entwicklungsländern in Japan.

Die seit einiger Zeit spürbare Neuorientierung und Intensivierung der japanischen Entwicklungspolitik ist das längst überfällige Ergebnis jahrelangen Drängens der hilfsbedürftigen Länder Asiens, die mit kaum verhohlenem Unmut das Mißverhältnis zwischen dem stürmischen Aufschwung der Wirtschaft Japans und seinen relativ geringen Hilfeleistungen beobachteten. Doch wie so oft in der japanischen Nach-

kriegspolitik kam der entscheidende Impuls von den Amerikanern. Das Schlüsselwort heißt auch hier Okinawa.

Denn es sind vor allem die Erfolgsaussichten, die man sich in Tokio für die abschließenden Rückgabeverhandlungen mit den USA ausrechnet, welche das jüngste Verhalten der Japaner auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe bestimmt haben. Washington seinerseits hat der japanischen Regierung und Öffentlichkeit wiederholt und unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß es sehr beträchtliche Anstrengungen und Zusicherungen Tokios zur Ausweitung seiner Wirtschaftshilfe erwarte, bevor man in der Okinawa-Frage mit sich reden lassen werde: wenn Japan schon nicht bereit oder in der Lage ist, Amerika einen Teil seiner militärischen Verpflichtungen in Asien abzunehmen, so möge man Washington wenigstens im Bereich der zivilen Entwicklungshilfe entlasten.

Daß die japanische Regierung den Zusammenhang zwischen den Rückgabeaussichten für Okinawa und der Steigerung seiner Entwicklungshilfe an die asiatischen Nachbarländer sehr schnell begriffen hat, zeigt die fast hektische Aktivität der letzten Zeit. So hat Außenminister Aichi bereits kurz nach seiner Amtsübernahme die zuständigen Abteilungen des „Gaimusho“ zu Anfang des Jahres angewiesen, ein neues Konzept für die japanische Entwicklungshilfe zu erarbeiten. Einige Monate später präsentierte er dann dem Präsidenten der Asiatischen Entwicklungsbank Watanabe einen vorläufigen Zehn-Jahres-Plan zur wirtschaftlichen Stabilisierung Asiens post-Vietnam. In Bangkok erklärte Aichi im April, Japan wolle seine Wirtschaftshilfe nach Übersee — vor allem Asien — in Einklang mit der Entwicklung seiner Volkswirtschaft aktivieren, wobei er als Leitlinie ein Bruttosozialprodukt in der Größenordnung von 2000 Milliarden DM für 1980 in Aussicht stellte. Und Japans Finanzminister Fukuda beschwor auf der Direktoriumssitzung der Asiatischen Entwicklungsbank in Sidney ein „neues Zeitalter der Solidarität in Asien“ und versprach eine Verdoppelung der japanischen Wirtschaftshilfe an asiatische Länder binnen fünf Jahren. 20 Jahre nach dem Kriege sei es nicht mehr zulässig, daß sich sein Land ausschließlich der Mehrung des eigenen Wohlstands widme, Japan müsse vielmehr die Initiative bei der Entwicklung vor allem Südasiens ergreifen.

Das waren in der Tat völlig neue Töne, zumal bei einem Land, das sich in der Vergangenheit den Vorwurf gefallen lassen mußte, ein „economic animal“ zu sein. Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß es für Japan zunächst einmal darum geht, den beträchtlichen Rückstand aufzuholen und mit den anderen Industrieländern vergleichbarer Größenordnung gleichzuziehen. Ein Blick auf die Statistik zeigt, daß die japanische Entwicklungshilfe bis 1967 über einen Anteil von 0,5% seines Bruttosozialprodukts nicht hinausgekommen ist und erst im letzten Jahr mit 0,74% einen beachtlichen Sprung nach vorn gemacht hat. Trotz einer nicht unbeträchtlichen Steigerung seiner absoluten Leistungen (1965: 1,94 Mrd. DM; 1966: 2,16; 1967: 2,62; 1968: 4,2) bleibt Japan damit auch weiterhin noch deutlich unter dem Richtsatz von 1%, den die zweite Welthandelskonferenz 1968 in Neu Delhi den Industrieländern empfohlen hatte. Demgegenüber entsprach z. B. die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik 1967 mit 4,56 Mrd. DM bereits 0,94% ihres damaligen Bruttosozialprodukts. Im vergangenen Jahr haben die deutschen Leistungen in Höhe von 6,54 Mrd. DM den in Neu Delhi aufgestellten Maßstab mit 1,24% sogar erstmals und gleich in erheblichem Umfang übertroffen.

Auch die Kreditkonditionen der aus öffentlichen Mitteln vergebenen Entwicklungs-

hilfe Japans haben noch nicht das Niveau anderer Geberländer erreicht. So blieb Japan 1967 mit einem Zinssatz von 4,8%, 16,6 Jahren Laufzeit und 4,7 tilgungsfreien Jahren weit hinter dem Durchschnitt der 16 Mitgliedsländer des OECD-Entwicklungsausschusses zurück (DAC-Standard: 3,7%; 23,4 Jahre; 5,3 Jahre), ganz zu schweigen von einem Vergleich mit den von diesem Gremium empfohlenen Kreditbedingungen (3%; 25 Jahre; 7 Jahre), die zudem noch weiter verbessert werden sollen.

Wann Japan — dessen volkswirtschaftliche Gesamtleistungen im vergangenen Jahr erstmals über denen der Bundesrepublik lagen — auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe den Westen Deutschlands wenigstens einholen wird, ist noch nicht abzusehen und wird — abgesehen von der wirtschaftlichen Entwicklung Japans — vor allem davon abhängen, welchen Druck Amerika und die asiatischen Entwicklungsländer weiterhin auf Tokio ausüben werden. Nach den bisherigen Planungen japanischer Regierungsstellen waren Hilfeleistungen in der Größenordnung von 1% des japanischen Bruttosozialprodukts erst für 1975 bzw. alternativ 1980 vorgesehen. Doch ist damit zu rechnen, daß der forcierte Abzug amerikanischer Truppeneinheiten aus asiatischen Stützpunkten, die fortlaufende De-Eskalierung der Kriegshandlungen in Vietnam und der dementsprechend rückläufige Bedarf an Lieferungen von Kriegsmaterial aus den umliegenden Ländern — vor allem Thailand, Südkorea und den Philippinen — die Japaner zwingen werden, ihre Entwicklungshilfe wesentlich schneller anzukurbeln, als das ursprünglich geplant war.

In welcher Form diese japanischen Leistungen im einzelnen erbracht werden sollen, ist noch weitgehend ungeklärt. Die bisherigen Überlegungen laufen in der Richtung, daß z. B. zur Verwirklichung des zehnjährigen Entwicklungsplans für Asien (ab 1970) ein Sonderfonds bei der Asiatischen Entwicklungsbank gebildet wird, zu dem nicht nur Japan — mit etwa 400 Millionen DM jährlich — und die USA (in gleicher Höhe), sondern auch Länder wie die Sowjetunion und möglicherweise sogar Peking-China Beiträge leisten sollen.

Ein Wiederaufbauplan speziell für Indochina sieht japanische Leistungen in Höhe von 800 Millionen DM zur Beseitigung von Kriegsschäden in Vietnam, Laos und Kambodscha vor, zahlbar innerhalb von zwei Jahren nach Vereinbarung einer Beendigung der Feindseligkeiten. Die Verwirklichung dieses Projekts hängt jedoch davon ab, was aus dem von der Regierung in Saigon in Auftrag gegebenen sogenannten Lilienthal-Plan wird. Nach dieser in Amerika ausgearbeiteten Studie sollen über einen Zeitraum von zehn Jahren etwa 10 Milliarden Mark zur Rehabilitation des zerstörten Landes investiert werden. Da Hanoi bei diesem Vorhaben ausgeschlossen bliebe, stellt sich die Frage nach der Nordvietnam zgedachten Rolle. Die japanische Regierung hat bereits zu erkennen gegeben, daß sie im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch zu bilateralen Hilfeleistungen an den Norden bereit wäre.

Auch das sehr umfangreiche und langfristige Mekong-Delta-Projekt der UNO dient der Erschließung Indochinas. Der Umfang der japanischen Beteiligung wird jedoch von Fall zu Fall, also nach Einzelobjekten entschieden; eine Methode, von der Tokio auch in Zukunft aus Haushaltsgründen nicht abgehen wird.

Einen prominenten Platz unter den Empfängern multilateraler Wirtschaftshilfe aus Japan wird in jedem Fall die 1965 gegründete Asiatische Entwicklungsbank einnehmen. So ist der von Japan gezeichnete Beitrag von 800 Millionen DM zum Grundkapital der Bank erst teilweise eingezahlt. Außerdem hat sich Tokio zur Zahlung von

insgesamt 400 Millionen DM an den 1966 eingerichteten landwirtschaftlichen Sonderfonds der ADB verpflichtet. Bisher sind zwei der insgesamt fünf Jahresraten geleistet worden.

Allen diesen Plänen wie auch zahlreichen bilateralen Projekten ist gemeinsam, daß sie ihr Schwergewicht wenn nicht sogar ausschließliches Bestimmungsgebiet in Asien haben. Das entspricht der von Außenminister Aichi in Bangkok wie auch von Finanzminister Fukuda in Sidney anerkannten besonderen Verpflichtung Japans — als der einzigen asiatischen Industrienation — gegenüber der Region. Die Betonung dieser Asien-Orientierung zeigt sich jedoch schon bei einer Aufschlüsselung der bisherigen Hilfeleistungen: So gingen 1967 61,7% der gesamten Entwicklungshilfe Japans nach Asien (ohne den Mittleren Osten). Bei den öffentlichen Mitteln — das sind 45,7% der Gesamtaufwendungen — waren es sogar 99,2%.

Eine solche Konzentrierung seiner Wirtschaftshilfe wird Japan in den kapitalarmen und entwicklungshungrigen Ländern der Region im Laufe der Jahre zwangsläufig beträchtlichen Einfluß verschaffen. Auch ohne Formulierung einer ambitionierten Asienpolitik wird der Regierung in Tokio dadurch ganz automatisch eine Schlüsselstellung auch auf anderen Gebieten zufallen, um die sie nicht einmal zu kämpfen braucht. Der philippinische Präsident Marcos formulierte diese Logik der Entwicklung in Manila mit den Worten: „Einige Leute mögen etwas dagegen haben, doch gibt es andere, die meinen, es sei an der Zeit, daß Japan die Führung in der Region übernimmt.“ Und der gleiche Mann, der sich im Kampf gegen die Japaner militärischen Ruhm erworben hatte, fügte nüchtern hinzu: „Japan ist die führende Wirtschaftsmacht, daraus ergeben sich militärische Aspekte.“

Dennoch sollte man die Erwartungen für die nächsten Jahre nicht allzu hoch schrauben. Innenpolitisch ist Japan auf eine Führungsrolle in Asien noch nicht vorbereitet. Die Wirtschaft ist in ihren Auslandsinvestitionen — vor allem in Entwicklungsländern — nach wie vor recht zurückhaltend. Militärisch bleiben die japanischen Streitkräfte vorläufig in das allenfalls auf nationale Verteidigung zugeschnittene Korsett ihrer „Friedensverfassung“ eingezwängt (allerdings mehren sich die Stimmen, die laut und vernehmlich eine Revision des umstrittenen Artikels 9 verlangen: zuletzt der geschäftsführende Direktor Sakurada des mächtigen Arbeitgeberverbands „Nikkeiren“ in einer aufsehen erregenden Rede vor der Generalversammlung seiner Organisation Mitte Oktober).

Doch wenn einmal das kritische Jahr 1970 überwunden und der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag verlängert worden ist, wird Japan mit größerer Entschlossenheit den Weg zu einer neuen Führungsrolle in Asien und in der Welt beschreiten. Ministerpräsident Sato hat sich bereits offen zum Fürsprecher einer solchen Entwicklung gemacht, als er auf einer Art öffentlicher Kabinettsitzung in Matsue im September erklärte: Japan wolle nach der Rückkehr Okinawas eine führende Rolle in Asien spielen.

Und Hubert Humphrey, der frühere Vizepräsident Amerikas unter Johnson, hat einen Teil dieser zukünftigen Entwicklung vorweggenommen, als er japanischen Politikern und Wirtschaftsführern Ende Oktober in Tokio zurief: „Japan — nicht das chinesische Festland — ist die wichtigste Macht in Asien.“ Dann spannte er den Bogen noch weiter und meinte: Japan auf dem Wege in die siebziger Jahre sei eine Weltmacht, allerdings eine völlig neue Art von Weltmacht mit seinen recht bescheidenen Streitkräften, ohne Hinterland und ohne nennenswerte eigene Bodenschätze.